

Die Stadtverordnetenversammlung hat getagt:

Schul- Teilung

Am 10. 2. 92 kamen die Stadtverordneten zusammen, um über den Antrag der Teilung des Grundschulkomplexes zu entscheiden. Folgender Beschluß wurde gefaßt:

Mit Freizug des Gebäudes des Kreisgymnasiums in der Liebknechtstraße werden vorerst die Räumlichkeiten für die Beschulung im Primarbereich der Grundschule 1 Beeskow zugeordnet. Je nach Entwicklung der Wohngebiete und der Schülerzahlen wird 1994 darüber entschieden, ob an diesem Standort die 3. Grundschule Beeskow errichtet oder ein Grundschulkomplex manifestiert wird.

Begründung: Aus einer Reihe aktueller Sachzwänge (Umzug des Gymnasiums - terminlicher Druck bei Errichtung der Grundschule 3, Einschätzung der Schulaufsichtsbehörde - Auswirkung auf Genehmigungsverfahren bei der Landesbehörde, bisherige Verfahrensweise in Vorbereitung der Grundsatzentscheidung sowie die daraus resultierende Frontenbildung Eltern- und Lehrerschaft/Schulausschuß, notwendiges Antragsverfahren zur Errichtung der 3. Grundschule - weitere zeitliche Verzögerung, keinerlei zusätzliche finanzielle Aufwendungen - Unterstützung beim Aufbau der gymnasialen Oberstufe an der Gesamtschule, gegenwärtig laufender Prozeß der Ämterbildung - Auswirkung auf Schulstandorte bzw. Einzugsbereiche) scheint ein Kompromiß dringend

geboten, zumal damit keine unkorrigierbare, besonders negative Entscheidung getroffen wird. Der insgesamt - aus verschiedenen Gründen sicher erklärbar - unbefriedigende Diskussions- und Sachstand bedarf eines weiteren sachlichen und umfassend geführten Klärungsprozesses. Vernunft, mehrheitlich getragen, muß unsere Entscheidung bestimmen. Die mit Sicherheit zu großen Teilen einseitig geführte Verständigung unter der Elternschaft bedarf unbedingt einer Ergänzung. Zeit und Möglichkeit wären mit dem vorgelegten Beschluß gegeben.

Wir befragten Herrn Rektor Schulze, sind Sie mit diesem Beschluß zufrieden?

Ja, diese Entscheidung ist ein Kompromiß, mit dem man leben kann. Ein Beschluß ist gefaßt, der im Sinne der Kinder, der Eltern und der Lehrer liegt. Sicher hätte man aus unserer Sicht sich eindeutiger, bedingt durch die klare Elternmeinung, den vielen Sachargumenten und den eindeutigen Stellungnahmen und Gutachten entscheiden können, doch die Festlegung, erst 1994 die Manifestation vorzunehmen, muß akzeptiert werden. Diese Entscheidung ist zugleich eine Verpflichtung, denn nur wenn das Konzept gut ist, gut für unsere Kinder, soll und darf es Bestand haben. Ich denke aber, daß wir dem Jahr 1994 volleres Vertrauen entgegensehen können. Ich bin auch davon überzeugt, daß dann die Diskussionen zu dieser Problematik anders als bisher verlaufen werden. Fazit: Sehr viel Kraft und Aufwand mußten in dieser Sache aufgebracht werden. Viel sinnvoller wäre gewesen, dies für den Schulbetrieb nutzen zu können. Trotzdem hat es sich gelohnt. Meinungen von Eltern, so klar formuliert, haben Gewicht! Wenn wir in unserer Schule mit den Schülern zum Thema "Demokratie" sprechen, dann brauchen wir jetzt dabei kein schlechtes Gewissen haben!